



# FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

## GUTACHTERVERTRAG

zwischen

der Freien und Hansestadt Hamburg, vertreten durch

Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft, Amt Energie und Klima, Abteilung Energierecht und städtische Energiepolitik

**als Auftraggeberin**

und

FRANK Ecozwei GmbH  
Stadtdeich 7  
200097 Hamburg

in Kooperation mit  
IPP ESN Power Engineering GmbH  
Rendsburger Landstraße 196-198  
24113 Kiel

**als Auftragnehmerin**

---

## **§ 1**

### **Vertragsgrundlage**

Dem Vertrag liegen, soweit nachstehend nichts anderes vereinbart ist, die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches - insbesondere die des Werkvertrages - zugrunde.

## **§ 2**

### **Leistungen der Auftragnehmerin**

- (1) Gegenstand des Vertrages ist:

Erstellung des energetischen Quartierskonzept „Tegelsberg/Müssenredder“ gemäß den Anforderungen an energetische Quartierskonzepte der KfW im jeweils gültigen Merkblatt zu dem KfW432-Förderprogramm „Energetische Stadtsanierung“.

- (2) Die Auftraggeberin überträgt der Auftragnehmerin im Rahmen des Vertragsgegenstandes folgende Leistungen:

siehe Leistungsbeschreibung vom 28.04.2023 in Anlage 1.

- (3) Die geforderten Leistungen sind der Auftraggeberin in folgender Form zu übergeben bzw. zu erbringen:

Für das Quartierskonzept ist ein schriftlicher Endbericht mit den jeweiligen erforderlichen Plänen, Berechnungen (Excel-Dateien) und sonstigen Unterlagen in 5-facher Ausfertigung sowie in digitaler Form als Pdf- als auch Worddatei bzw. die zur Herstellung verwendeten Dateiformate zu übergeben.

## **§ 3**

### **Termine**

- (1) Die in § 2 dieses Vertrages aufgeführten Leistungen sind termingerecht zu liefern:  
31.10.2024

- (2) Kann der termingerechte Arbeitsablauf nicht eingehalten werden, hat die Auftragnehmerin dies mit Nennung der Gründe der Auftraggeberin schriftlich unverzüglich mitzuteilen.

## **§ 4**

### **Zusammenarbeit / Zusatzvertrag**

- (1) Die Rechte und Pflichten der Auftraggeberin nimmt der Leiter der Abteilung für Energierecht und städtische Energiepolitik oder die Vertreterin bzw. der Vertreter im Amt wahr.

- (2) Die Auftragnehmerin hat die Leistungen persönlich zu erbringen.  
Ausnahmen bedürfen der Einwilligung der Auftraggeberin.

- (3) Die Auftragnehmerin hat ihre bzw. seine Leistungen fachlich objektiv, neutral und unabhängig von der Auftraggeberin zu erbringen. Die Auftraggeberin kann von der Auftragnehmerin jederzeit Auskunft über den Stand und die Entwicklung des Auftrages verlangen. Nach Abschluss einzelner Bearbeitungsschritte sind die Untersuchungsergebnisse der Auftraggeberin auf Verlangen vorzulegen und zu erläutern. Über etwaige zusätzlich erforderlich werdende und/oder veränderte Leistungen ist vor Ausführung ein schriftlicher Zusatzvertrag zu diesem Vertrag zu schließen.

- 
- (4) Die Auftraggeberin benennt als Sachbearbeiter:

Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft, Neuenfelder Str. 19,  
21109 Hamburg

- (5) Die Auftragnehmerin benennt als Sachbearbeiterin bzw. Sachbearbeiter:

Für Frank Ecozwei GmbH

Für IPP ESN Power Engineering GmbH

Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, die im Angebot vom 23.06.2023 (Anlage 2) benannten Mitarbeitenden zur Leitung und Durchführung des Projektes einzusetzen. Im Falle von Krankheit oder Kündigung der benannten Mitarbeitenden kann die Auftragnehmerin andere Personen mit der Durchführung des Projektes betrauen.

Ein Wechsel der im Angebot benannten Mitarbeitenden ist der Stadt vorher anzuzeigen und unterliegt ihrer Zustimmung. Die Stadt wird ihre Zustimmung nur aus wichtigem Grund verweigern.

## **§ 5**

### **Vergütung**

- (1) Die Auftragnehmerin erhält für die Leistung

ein Festhonorar in Höhe

in Worten:

Stundensätze werden vereinbart mit:

- (2) In dem Honorar ist die Umsatzsteuer nicht enthalten.
- (3) Auslagen und Nebenkosten, z.B. Versicherungsprämien, Fahrt- und Reisekosten, Bürokosten, Lichtpausen und Fotokopien, Post- und Fernspreckgebühren sind in dem Honorar enthalten.
- (4) Mehrere Auftragnehmerinnen bzw. Auftragnehmer sind bezüglich des Honorars Gesamtgläubigerinnen bzw. Gesamtgläubiger.



---

## **§ 6**

### **Zahlungsweise**

- (1) Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, nach Ablieferung der Leistung eine prüffähige Rechnung zu stellen.
- (2) Abschlagszahlungen können entsprechend dem Arbeitsfortschritt geleistet werden.
- (3) Die Umsatzsteuer ist in den Rechnungen gesondert auszuweisen. Sie ist in Abschlagsrechnungen mit dem zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer und in Teilschluss- und Schlussrechnungen mit dem zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung geltenden Steuersatz anzusetzen; bei Überschreiten von Vertragsfristen, die die Auftragnehmerin zu vertreten hat, gilt der bei Fristablauf maßgebende Steuersatz.
- (4) Forderungen der Auftragnehmerin gegen die Auftraggeberin können ohne Zustimmung der Auftraggeberin nur abgetreten werden, wenn sich die Abtretung auf alle Forderungen in voller Höhe aus dem genau bezeichneten Auftrag einschließlich aller etwaigen Nachträge erstreckt.  
Teilabtretungen sind nur mit schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin gegen sie wirksam.  
§§ 398 ff BGB, 354a HGB bleiben unberührt.

## **§ 7**

### **Mängelansprüche und Haftung**

- (1) Die Auftragnehmerin verpflichtet sich der Auftraggeberin gegenüber zu einer ordnungsgemäßen Ausführung ihrer bzw. seiner Leistungen nach dem allgemeinen Stand der einschlägigen Wissenschaft und den allgemein anerkannten Regeln der Technik; weiterhin, dass die Untersuchungsergebnisse, Beurteilungen und fachlichen Empfehlungen für den vorgesehenen Zweck brauchbar und vollständig sind. Dies bestätigt sie bzw. er durch eigenhändige Unterzeichnung des Berichtes und sonstiger Unterlagen.
- (2) Die Auftragnehmerin wird die Auftraggeberin auch von allen Ansprüchen freihalten, die Dritte aus Nichtbeachtung von Absatz 1 stellen können.
- (3) Die Verschuldenshaftung nach Absatz 1 und Absatz 2 - mit Ausnahme von Vorsatz und grober Fahrlässigkeit - wird, sofern die Auftragnehmerin zum Zeitpunkt des Schadenseintritts nicht eine höhere Haftpflichtversicherung abgeschlossen hat, die dann eintritt, je Schadensfall begrenzt auf  
Euro 1.000.000 bei Personenschäden  
Euro 150.000 bei sonstigen Schäden.

Die Auftragnehmerin hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der genannten Deckungssummen besteht. Bei Arbeitsgemeinschaften muss Versicherungsschutz für alle Mitglieder bestehen. Die Versicherung ist der Auftraggeberin von Vertragsabschluss an auf Anforderung nachzuweisen. Vor dem Nachweis des Versicherungsschutzes hat die Auftragnehmerin keinen Anspruch auf Leistungen der Auftraggeberin.

- (4) Die Auftragnehmerin haftet ebenfalls für Schäden, die der Auftraggeberin durch Nichteinhaltung der vereinbarten Termine aus Gründen entstehen, die die Auftragnehmerin zu vertreten hat.

- 
- (5) Mehrere Auftragnehmerinnen bzw. Auftragnehmer haften als Gesamtschuldnerinnen bzw. Gesamtschuldner.

## **§ 8**

### **Verjährung**

Die Verjährung von Ansprüchen sowohl der Auftraggeberin als auch der Auftragnehmerin richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

## **§ 9**

### **Urheberrecht**

- (1) Die Auftraggeberin ist nach § 3 Abs. 1 Nr. 8, § 10 Abs. 3 des Hamburgischen Transparenzgesetzes verpflichtet, das Gutachten im Informationsregister zu veröffentlichen und jedermann unentgeltlich zu jedweder freien Nutzung, Weiterverwendung und Verbreitung sowohl für nicht-kommerzielle als auch kommerzielle Zwecke, zu überlassen.
- (2) Soweit das Gutachten urheberrechtlich schutzfähig ist, räumt die Auftragnehmerin der Auftraggeberin zu diesem Zweck sämtliche erforderlichen Nutzungsrechte an dem zu erstellenden Gutachten zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränkt ein. Insbesondere räumt sie bzw. er der Auftraggeberin das Recht ein, das Gutachten zu vervielfältigen, zu verbreiten, öffentlich zugänglich zu machen, unter Wahrung seiner geistigen Eigenart zu bearbeiten oder umzugestalten, ungeachtet der Verwertungszwecke. Die Auftragnehmerin gestattet der Auftraggeberin, jedermann die freie Nutzung, Weiterverwendung und Verbreitung sowohl für nicht-kommerzielle als auch kommerzielle Zwecke im Umfang der eingeräumten Nutzungsrechte zu gestatten.
- (3) Die Auftragnehmerin verzichtet auf die Geltendmachung von urheberrechtlichen Abwehransprüchen gegen Dritte; hiervon nicht erfasst sind Ansprüche wegen unterlassener Anerkennung der Urheberschaft (§ 13 UrhG) und gröblicher Entstellung des Werkes (§ 14 UrhG).
- (4) Auftragsdaten und -ergebnisse sowie Graphiken, Bilder, Zeichnungen, Fotos, Vorlagetexte für Internet-Darstellungen etc. sind frei von Rechten Dritter zu liefern. Alle bei der Auftragsdurchführung entstehenden Nutzungsrechte, insbesondere an durch die Auftragnehmerin entwickelten Konzepten und Ideen sowie die Rechte an sonstigen urheberrechtlich schützenden Werken und Werkteilen gehen uneingeschränkt ausschließlich, räumlich und zeitlich unbegrenzt auf die Stadt über.

## **§ 10**

### **Kündigung**

- (1) Hat die Auftragnehmerin die Kündigung dieses Vertrages zu vertreten, werden nur die nachgewiesenen und als vertragsgemäß anerkannten Einzelleistungen vergütet.
- (2) Wird aus einem Grund gekündigt, den die Auftraggeberin zu vertreten hat, erhält die Auftragnehmerin für die ihr bzw. ihm übertragenen Leistungen die vereinbarte Vergütung nach Maßgabe des § 648 Satz 2 BGB. Die ersparten Aufwendungen



---

werden für die noch nicht erbrachten Leistungen auf 60 % festgelegt, es sei denn, geringere oder höhere ersparte Aufwendungen werden nachgewiesen.

## **§ 11**

### **Herausgabeanspruch und vertrauliche Behandlung; Datenschutz**

- (1) Die von der Auftragnehmerin zur Erfüllung dieses Vertrages angefertigten, beschafften und die ihm überlassenen Unterlagen sind der Auftraggeberin auf Verlangen, spätestens jedoch mit der Schlussrechnung auszuhändigen. Die Auftragnehmerin hat diese Unterlagen auch bei einer Kündigung des Vertrages oder bei Rechtsstreitigkeit auf Verlangen der Auftraggeberin unverzüglich herauszugeben.
- (2) Die von der Auftragnehmerin angefertigten und beschafften Unterlagen werden Eigentum der Auftraggeberin. Zurückbehaltungsrechte der Auftragnehmerin, die nicht auf diesem Vertragsverhältnis beruhen, sind ausgeschlossen.
- (3) Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, im Rahmen ihrer bzw. seiner Tätigkeit Verschwiegenheit zu bewahren. Die Verpflichtung besteht auch nach Beendigung dieses Vertragsverhältnisses.
- (4) Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, bei der Verarbeitung personenbezogener oder personenbeziehbarer Daten die Vorschriften der Datenschutzgrundverordnung und des Hamburgischen Datenschutzgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zu beachten. Die Auftragnehmerin unterwirft sich insoweit der Kontrolle durch den Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit.
- (5) Selbst von der Auftragnehmerin z.B. im Rahmen von Befragungen der Mitarbeiter/innen u.ä. erstellte Unterlagen mit personenbezogenen oder personenbeziehbaren Daten sind nicht an die AG auszuhändigen. Die bzw. der AN wird der AG entsprechende Ergebnisse nur in aggregierter und anonymisierter Form übermitteln. Die bzw. der AN wird die von ihm erstellten Unterlagen mit personenbezogenen oder personenbeziehbaren Daten nach Gebrauch fachgerecht vernichten. Eine darüber hinaus gehende oder abweichende Nutzung ist unzulässig.
- (6) Bei der Verarbeitung von personenbezogenen oder personenbeziehbaren Daten sind die Vorschriften des Hamburgischen Datenschutzgesetzes (HmbDSG) und der DS-GVO in der jeweils geltenden Fassung zu beachten. Dies betrifft insbesondere die Sicherungsmaßnahmen nach Art. 28 Abs. 3 lit. c) i.V.m. Art. 32 DS-GVO. Die Auftragnehmerin unterwirft sich insoweit der Kontrolle durch den Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit. Ferner verpflichtet er sich zur Bestellung eines eigenen Datenschutzbeauftragten, soweit die Voraussetzungen der Art. 37 ff. DS-GVO vorliegen.  
Bei der Leistungserbringung in AP 8 „Öffentlichkeitsarbeit“ sowie bei sonstigen Erhebungen personenbezogener Daten nach Art. 4 Nr. 1 DSGVO bei Betroffenen (Art. 13 DSGVO) oder über solche (Art. 14 DSGVO) im Rahmen des Auftrages wird die Auftragnehmerin die Betroffenen (u.a. Teilnehmer einer Veranstaltung) mit der „Datenschutzerklärung und allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben der Artikel 12 bis 14 der Datenschutz-Grundverordnung in der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft der Freien und Hansestadt Hamburg“ (Anlage 3) über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten informieren und, wenn erforderlich, eine entsprechende von der Auftraggeberin zur Verfügung gestellte Einwilligungserklärungen (Anlage 4) einholen.
- (7) Sollte dies im Vorwege der Veranstaltungen nicht möglich sein, wird der Vertragspartner / AN den Teilnehmenden z.B. in der Teilnehmerliste folgenden Hinweis geben:

---

„Mit der Angabe Ihrer personenbezogenen Daten willigen Sie in die Verarbeitung der Daten im in der bereitliegenden Datenschutzbelehrung stehenden Umfang und für die dort genannten Zwecke durch den Verantwortlichen ein. Ihre Daten werden vertraulich behandelt und nur im in der Belehrung dargestellten Rahmen gespeichert und verarbeitet. Es gelten die Bedingungen, die nach EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) zu gewährleisten sind. In der bereitliegenden Belehrung werden Sie darüber informiert, welche personenbezogenen Daten erhoben werden, bei wem sie erhoben werden und was mit diesen Daten gemacht wird. Außerdem erfahren Sie, an wen sie sich diesbezüglich wenden können.“ Vor Ort ist jeder Unterzeichner zudem auf die Datenschutzbelehrung hinzuweisen.

- (8) Der Auftragnehmer wird als Auftragsverarbeiter i. S. d. Art. 4 Nr. 8 iVm Art. 28 DSGVO tätig. Der Vertrag Auftragsverarbeitung (Anlage 5) ist Inhalt dieses Vertrages.
- (9) Die Auftragnehmerin legt der Auftraggeberin vor Vertragsdurchführung ein Datenschutzkonzept vor, in welchem dargelegt wird, wie er mindestens die Vorgaben von Art. 28 DSGVO einhält. Dieses Konzept ist jederzeit durch die Auftraggeberin überprüfbar. Nur nach Billigung durch die Auftraggeberin wird dieses zur Anlage 8 dieses Vertrages. Durch Gesetz erforderliche Änderungswünsche der Auftraggeberin sind unmittelbar umzusetzen und in das Konzept aufzunehmen.

## **§ 12**

### **Unwirksamkeit von Vertragsbestimmungen, Ergänzungen**

- (1) Die Unwirksamkeit einzelner Vertragsbestimmungen berührt nicht die Gültigkeit des übrigen Vertragsinhaltes. Die Parteien verpflichten sich, im Zuge einer Vereinbarung solche Bestimmungen durch gleichwertige gültige Vorschriften zu ersetzen.
- (2) Sollten ergänzende Bestimmungen bei der Durchführung des Vertrages notwendig werden, werden die Vertragspartner entsprechende Vereinbarungen treffen.
- (3) Allgemeine Geschäftsbedingungen der Auftragnehmerin gelten als nicht vereinbart.
- (4) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sowie andere Vereinbarungen, die den Inhalt dieses Vertrages berühren, bedürfen der Schriftform.

## **§ 13**

### **Erklärung der Auftragnehmerin bzw. des Auftragsnehmer**

- (1) Mit der Unterschrift unter diesen Vertrag erklärt die Auftragnehmerin, dass keine Ausschlussgründe nach § 123 und § 124 GWB vorliegen.
- (2) Der Auftragnehmerin ist bewusst, dass eine falsche Erklärung ihren bzw. seinen Ausschluss von künftigen Beauftragungen sowie die Kündigung dieses Vertrages aus wichtigem Grund zur Folge haben kann.



---

## § 14

### Schlussbestimmungen

- (1) Erfüllungsort und - unter der Voraussetzung des § 38 ZPO - Gerichtsstand für beide Parteien ist Hamburg.
- (2) Ein Streitfall berechtigt die Auftragnehmerin nicht, die Arbeiten zu unterbrechen oder endgültig einzustellen.
- (3) Es gilt deutsches Recht.

Hamburg, den 24.10.23

Auftraggeberin:

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG  
vertreten durch:

Freie und Hansestadt Hamburg  
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen  
Abteilung für Beschaffungswesen  
Neuenfelder Straße 19  
21109 Hamburg

Auftragnehmerin:

FRANK Ecozwei G

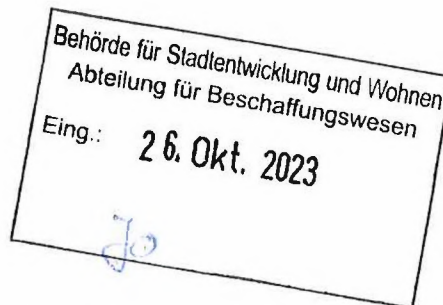
#### Anlagen

- |          |   |
|----------|---|
| Anlage 1 | Leistungsbeschreibung vom 28.04.2023  |
| Anlage 2 | Angebot der FRANK Ecozwei GmbH in Kooperation mit IPP ESN Power Engineering GmbH vom 23.06.2023   |
| Anlage 3 | Datenschutzerklärung und allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben der Artikel 12 bis 14 der Datenschutz-Grundverordnung in der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft der Freien und Hansestadt Hamburg |
| Anlage 4 | Muster Einwilligungserklärung   |
| Anlage 5 | Vertrag Auftragsverarbeitung  |



FRANK Ecozwei GmbH, Stadtdeich 7, 20097 Hamburg

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen  
Amt für Verwaltung, Recht und Beteiligungen  
Abteilung Beschaffungswesen  
Neuenfelder Straße 19  
21109 Hamburg



Hamburg  
24.10.2023

## Vertragsunterlagen für das energetische Quartierskonzept „Tegelsbarg/Müssenredder“

anbei erhalten Sie den Vertrag für die Erstellung des energetischen Quartierskonzepts „Tegelsbarg/Müssenredder“ unterschrieben und in zweifacher Ausführung. Wir freuen uns auf das Projekt und den kommenden Austausch mit Ihnen und den Akteuren im Quartier.

Mit freundlichen Grüßen